

Posener Zeitung.

N^o 69.

Freitag den 23. März.

1849.

Inland.

Berlin, den 21. März. Die gestern umlaufenden Gerüchte von einem Ministerwechsel sind zur Zeit noch ohne allen Grund, weil das Ministerium seine Ehre darein setzt, vor dem Lande über seine Verwaltung gerechtfertigt dazustehen. Nachdem indessen die Vorrede der Verfassungserklärung erledigt sein wird, steht ein neues Ministerium in Aussicht, dem dann die Aufgabe, Preußens deutsche Stellung zu regulieren, gestellt sein wird.

Wir haben bereits früher erwähnt, daß die Bildung eines linken Centrums namentlich durch Kosch, versucht ward, später aber wieder aufgegeben zu sein schien. Dem ist jedoch nicht so: Bestrebungen, welche Kosch fortlaufend im „Hotel de Russie“ verfolgt, sind in der letzten Zeit ziemlich gleichlaufend im Rheinischen Hof gemacht. Hier sollen die Abgeordneten Tülf, Möller (Mind), Rhoden und andere an der Spitze stehen. Sollte wirklich ein linkes Centrum zu Stande kommen, so dürfte dies die Bildung eines rechten Centrums zur Folge haben. Der Abg. Zimmermann wird seit längerer Zeit als derjenige bezeichnet, welcher die Bildung eines solchen bezweckt.

Vorgestern Abend hatten wieder bedeutende Aufläufe in der Landsbergerstraße statt. Nachdem am Tage die demolirte Schumannswache in der Weberstraße von Neugierigen umlagert worden war und man wieder versucht hatte, in das Innere des Hauses zu dringen, mußte am Abend der Laden eines Kaufmanns und der eines Destillateurs geschlossen werden, weil der Andrang der Menschen zu groß wurde. Das anrückende Militär zerstreute, ohne daß irgend Widerstand geleistet ward, die Attroupements. Der Zufall, daß ein Schuß fiel, wodurch jedoch Niemand beschädigt worden, trug dazu bei, daß die Menge eiligst die Flucht ergriff. Der Friederichshain war nur von einigen Tausend Menschen und viel weniger, als am Sonntag, besucht. — Conft ist die Ruhe der Stadt nirgends gestört worden.

Gegen den hiesigen Buchhändler Gurg ist eine Denunciation erfolgt, weil er zu dem am 18. im Café de l'Europe stattgefundenen Festmahl ein von A. Braß verfaßtes Gedicht, „das rothe Lied“, für die dortigen Gäste gedruckt und gratis vertheilt hatte.

Unter den Kanal-Arbeitern, zu welchen beinahe alle Stände ihr Contingent gestellt haben, tritt auch ein portierisches Talent hervor. Es ist dies der frühere Webergesell Herzog, welcher, da das Weberschiffchen seine Existenz nicht mehr sichert, zu dem Spaten gegriffen hat. Er hat jetzt unter dem Titel: „das Lied von der Weberei“, ein Gedicht verfaßt, das nicht ohne Schönheiten ist.

Der bekannte Volkserzähler Karbe wird nächstens wegen Anführers vor Gericht stehen, da er beschuldigt wird, am 31. October v. J. vor dem Schauspielhause aufreizende Reden gehalten und darin namentlich auch erwähnt zu haben, das Volk möge die Steuern verweigern und hierdurch die Regierung zwingen, den bedrängten Wienern zu Hülfe zu eilen.

Um die höchst beschränkten Räumlichkeiten des Kriminalgerichts zu vergrößern, soll auf dem Gebäude des Marktes Nr. 3. noch ein Stockwerk aufgesetzt werden. Der Plan hierzu ist bereits beim Justizminister eingereicht und wird der Bau, falls er genehmigt werden sollte, noch in diesem Frühjahr zur Ausführung kommen. In die neue Etage sollen alsdann die sämtlichen Büreaus verlegt werden.

Die Direction der Hamburger Eisenbahn hat jedem Auswanderer nach Amerika oder Australien für die Reise von Berlin nach Hamburg 10 Ctr. freie Fracht gewährt und den Kindern bis zu 12 Jahren das Fahrgehalt erlassen.

Der Abg. Dr. Behnisch war am Sonnabend in der Steuer-verweigerungsangelegenheit von dem Criminalsenat des Kammergerichts vorgeladen.

Es verlautet, daß bei der nun dennoch drohend gewordenen Wendung der Dinge General v. Wrangel den Oberbefehl der Nordarmee übernehmen und in seine Stelle General v. Schreckenfeld treten werde.

Nachdem die äußerste Linke oder, wie sie sich selbst nennt, „die demokratische Partei der National-Versammlung“, vor kurzem den ersten Rechenschaftsbericht über ihre Kammerthätigkeit veröffentlicht, hat jetzt auch die gemäßigte Linke, die Robertus-Berg'sche Fraktion, einen ähnlichen Bericht veröffentlicht. Diese Fraktion nennt sich darin: „die demokratisch-constitutionelle Partei in der zweiten Kammer“, und giebt ihre Stärke auf etwa 50 Mitglieder an, während die äußerste Linke etwa 90 bis 100 Mitglieder zählt.

Halberstadt, den 17. März. Der Kriminal-Senat des hiesigen Oberlandesgerichts hat kürzlich einen wichtigen Rechtsgrundsatz durch Erkenntnis ausgesprochen, indem er die Aufforderung zur Steuerverweigerung aus politischen Gründen für nicht straffällig erklärte. Ein Bürger unserer Stadt war dieses Verbrechen halber angeklagt und ist völlig freigesprochen worden.

Ewinemünde, den 18. März. Eine dänische Fregatte, nebst einer Kutterbrig, haben heute Nachmittag vor unserm Hafen gekreuzt und sich dabei dem Lande auf drei Meilen genähert.

Hamburg, den 19. März. Wir erfahren von glaubwürdiger Seite, daß die dänische Kriegsschiffe ihrer Lösung näher gerückt ist. Ein heute von Kopenhagen nach London hier durchgekommener

Courier soll nämlich die Zustimmung der dänischen Regierung zu dem in London unter den beiderseitigen Unterhändlern vereinbarten Friedens-Protokolle überbringen.

Altona, den 18. März. Durch eine Verfügung der gemeinsamen Regierung der Herzogthümer wird der Transport von Vieh, Speck und Fleisch aus den Häfen an der Ostküste sowohl, wie landwärts nach Dänemark verboten. — Zum Obercommandeur in Schleswig-Holstein soll der Preussische General Prittzig ernannt sein.

Neu-Strelitz, den 18. März. Am heutigen Tage sollte, so sagt das Gerücht, von bewaffneten Volkshaufen der Versuch gemacht werden, dem Herzog auf ungesetzlichem Wege Zugeständnisse abzurdingen. Am Vormittage rückten 260 Mann Preussische Kavallerie ein und zugleich erschien eine Proclamation, in welcher das längere Verweilen derselben „unter voraussetzender Genehmigung Sr. Kaiserl. Hoh. des Reichsverwesers“ angekündigt wird.

Dessau, den 15. März. Gestern war der Jahrestag unserer friedlichen „Revolution“, der Tag, welcher uns im vorigen Jahre die umfassendsten Zusagen unseres Herzogs brachte, welcher den Grund zu unsern neuen staatlichen Verhältnissen legte. Mit Freunden können wir auf die verfloßene Zeit zurückblicken, zufriedener als irgend ein anderer deutscher Bruderstamm. Unser Herzog hat seine Verheißungen vollständig erfüllt, alle unsere Zustände sind in einer gedeihlichen Entwicklung begriffen. Mit tiefem Danke haben wir daher den wiederkehrenden 14. März begrüßt. Die Feler des Tages war still aber innig. Mittags fand ein Festessen statt; Nachmittags kam ein Extrazug mit zahlreichen Köchenern, welche in geordnetem Zuge sich nach dem Schlosse begaben und dem Herzoge ein freudiges Hoch brachten. Viele Dessauer schlossen sich demselben an. Dann war Theater, auf höchsten Befehl zu herabgesetzten Preisen; Abends Ball mehrerer Bürgerwehr-Compagnien. — Auch die Deputation des nun aufgelösten Vereinigten-Landtags, die nach einem der letzten Beschlüsse desselben dem Herzoge den Dank des Landtages abstatten sollte, that dies gestern. Der Herzog empfing die Deputation im Beisein des Erbprinzen und des Minister Habischt. Ober-Landesgerichtsrath Wolter führte das Wort und sprach: „Hoch! Wir bringen Ihnen den Dank eines glücklichen Volkes! Die Verfassung, welche Sie mit den Vertretern Ihres Volkes geschaffen haben, wird das Glück des Volkes, das hoffen wir, dauernd sichern. Die Verfassung wird das Land bei den mancherlei jetzt drohenden Stürmen schützen und kräftigen. Empfangen Sie den Dank, den die Vertreter des Volkes einstimmig und aufrichtig Namens des Volkes Ihnen votirt haben.“ Der Herzog antwortete: „Mit Freude vernehme ich von Ihnen die dankbaren Gesinnungen des Vereinigten Landtags. Ich bin den Wünschen Meines Volkes entgegengekommen und habe ihm Rechte und Freiheiten verliehen, wie sie kein anderes deutsches Volk besitzt. Ich hoffe aber auch, daß es diese Freiheiten weise benutzen und das Staatsgrundgesetz in gleicher Weise schützen und achten werde, wie ich es zu wahren fest gesonnen bin. Ich erwarte, daß mein Volk Mich und Mein Ministerium kräftig unterstützen werde, wenn Uebelgesinnte es wagen sollten, auf einen Umsturz unserer Verfassung, auf die Auflösung der bürgerlichen Ordnung, auf die Nichtachtung der Gesetze hinzuwirken. Ich trage Ihnen auf, diese Meine Antwort zur Kenntniß der Mitglieder des früheren Vereinigten Landtags zu bringen.“

Frankfurt a. M., den 16. März. Auf beiden Seiten rüstet man sich mit aller Anstrengung zum Kampf. Eine gestern Abend im Saale des Wolsack abgehaltene Versammlung derer, welche für den Ausschluß-Antrag stimmen werden, lieferte erfreuliche Resultate; man erfuhr, daß auch die äußerste Rechte (die Gesellschaft vom Englischen Hofe) jeder Bedenkllichkeit entsagt und sich für den Bericht des Verfassungs-Ausschusses erklärt habe. Außerdem erfolgte der Zutritt einzelner Mitglieder, deren man sich früher noch nicht vollständig versichert hielt, während die Mitwirkung noch Anderer in Aussicht gestellt wurde. Es zeigte sich hiernach eine starke Anzahl, deren Gewicht noch durch eine feste innere Organisation vermehrt wird. Man einigte sich dahin, der Debatte bis zur allseitig empfundenen Erschöpfung freien Lauf zu lassen; auch sollte der Sonntag zu Hülfe genommen werden, wenn sich die Linke einem darauf gerichteten Antrage nicht abgeneigt zeigte. — Die Oesterreicher, welche sich nur ihrer Feindseligkeit gegen Preußen und ihrer Aufgabe, die Deutsche Einheit zu zerstören, bewußt sind, verheizen der Linken die Mitstimmung für den Präsidenten. Wie weit nun diese Antriebe reichen werden, läßt sich im gegenwärtigen Augenblick noch nicht mit Sicherheit vorher bestimmen.

Mit vieler Freude hörte gestern Abend die Versammlung im Wolsack den Württembergischen Abgeordneten Federer eine Adresse des Vaterländischen Vereins in Stuttgart an die Württembergische Regierung vorlesen, worin die letztere mit den kräftigsten Worten angegangen wurde, im Sinne des Welferschen Antrages den übrigen Deutschen Höfen hochherzig voranzugehen, da die Einheit und Freiheit Deutschlands nur durch Uebertragung der erb-

lichen Kaiserwürde auf den König von Preußen zu erringen sei.

Frankfurt a. M., den 18. März. Als die Frankfurter Zeitung gestern eine Preussische Circular-Note vom 10. März ankündete, worin sich die Preussische Regierung angeblich mit den Ansichten Oesterreichs über die oberste Reichsbehörde vollkommen einverstanden erklärt und ihre Gesandten in diesem Sinne zu handeln angewiesen haben soll, hat sie aus guten Gründen den ihr vorliegenden Text der Note nicht mitgetheilt. Sie wollte den Leser nicht in Stand setzen, über die Richtigkeit ihres Vorgehens sich ein Urtheil zu bilden. Aus demselben Grunde theilen wir die fragliche Circular-Depesche, ihrem Wortlaute nach, mit:

„Die K. K. Oesterreichische Regierung hat durch ihren Gesandten am hiesigen Hofe der Königlich Preussischen Regierung die Vorschläge mitgetheilt, welche sie durch Instruktion an ihren Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt vom 27ten v. M. in Betreff der Bildung einer obersten Central-Exekutivgewalt der Deutschen Bundesversammlung in Form eines Direktoriums hat nach Frankfurt gelangen lassen.

Es gereicht der Königlich Preussischen Regierung zur großen Befriedigung, daß damit nun auch Oesterreich den von uns vorgeschlagenen Weg der Verständigung in Frankfurt betreten hat. Wir haben uns daher auch nun mit Vergnügen bereit erklären können, diese Vorschläge einer reiflichen Erwägung zu unterziehen, und der Königl. Bevollmächtigte in Frankfurt wird mit hinreichenden Instruktionen versehen werden, um in die Besprechungen und Beratungen über dieselben in Frankfurt eintreten zu können, von welchen wir die Hoffnung begen dürfen, daß sie zu dem immer von uns angestrebten Ziele der Verständigung unter den Regierungen und mit der National-Versammlung führen werden.

Wir zweifeln nicht, daß auch die übrigen Deutschen Regierungen, denen die Oesterreichischen Vorschläge inzwischen, sei es direkt, sei es durch ihre Bevollmächtigten, bekannt geworden sein werden, zu einem gleichen Verfahren bereit seien.

Ich ersuche daher Ew. ... der Regierung, bei welcher sie accreditirt sind, den Wunsch des Königl. Cabinets auszudrücken, daß dieselbe baldmöglichst ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt die nöthigen Instruktionen ertheilen wolle, um an den Beratungen über jene Vorschläge auf eine den dortigen Ansichten entsprechende Weise Theil nehmen zu können.

Berlin, den 10. März 1849. gez. Graf Arnim.“

Von dem Inhalte der neuen Oesterreichischen Note vom 9. März wußte man zur Zeit der Abfassung des Preussischen Circulars vom 10. März. in Berlin kein Wort; am 9. erst ist die Thatsache der Oetropirung der Oesterreichischen Verfassung telegraphisch nach Berlin gelangt, und hat darum in der bereits beschlossenen, unter dem Datum vom 10. März ausgefertigten Circularnote natürlich keine Berücksichtigung finden können.

Die Schlüsse, welche mit großer Bestimmtheit aus dieser letzten gezogen werden, um ein Schwanken in der Politik damit zu erweisen, entbehren mithin aller und jeder Grundlage. Preußen beharrt nach wie vor auf dem Bundesstaate im Gegensatz zum Staatenbunde, und wird mit Freuden die Hand dazu bieten, daß dieser Bundesstaat mit Oesterreich in ein Staatenbundesverhältniß trete.

Frankfurt a. M., den 19. März. Der Abdruck der Preussischen Note vom 10. März in dem Extra-Blatt der Frankfurter Zeitung, welches so eben in der Paulskirche vertheilt wird, ist nicht ganz korrekt. In dem Sage, in welchem die Preussische Regierung die Hoffnung ausspricht, daß die Besprechungen in Frankfurt zu dem „immer von ihr angestrebten Ziele der Verständigung der Regierungen unter sich und mit der National-Versammlung führen würden“, druckt die Frankfurter Zeitung mit fester Schrift: zu dem „neuen von ihr angestrebten Ziele.“ Da die Frankfurter Zeitung diese Note als Antwort auf die Oesterreichische vom 9. März darstellen will, ist vielfach der sicher unbegründete Verdacht eines absichtlichen Druckfehlers ausgesprochen worden.

Wien, den 18. März. Dem Ministerium soll der Vorschlag gemacht worden sein, den ganzen in Ungarn außer Cultur liegenden Grund und Boden an Industrielle zu verkaufen, um mit dem Erlös alle durch die ungarische Infection vermehrten Staatsbedürfnisse zu decken. In Ungarn sollen 2 Millionen Joche des vorzüglichsten Bodens unkultivirt liegen. Ein Joch zu 40 Gulden gerechnet, könnte durch den Verkauf, wenn sich anders Käufer finden, die nicht kleine Summe von 80 Mill. Gulden erzielt werden.

Wien, den 19. März. Der heutige Tag ist zum Bombardement von Komorn bestimmt. Auf eine telegraphische Nachricht brach alsbald ein Infanterie-Regiment nach Ungarn auf, wahrscheinlich um das Cernirungskorps von Komorn zu unterstützen.

Von den 5 Individuen, welche am Morde Latoris beschuldigt sind, werden morgen um 9 Uhr 3 durch den Strang hingerichtet werden; die anderen 2 sind zu 20jähriger Kerkerstrafe verurtheilt worden.

— Die stärkste Opposition gegen die neuen Schritte der Regierung geht von den südslavischen Provinzen aus, und die Blätter derselben, besonders die sogenannten südslavischen und die Agrar-Zeitung führen eine sehr entschiedene Sprache. Einmal wird die bittere Stimmung durch den Verlust der Militärgrenze erregt, welche, wie die Agrar-Ztg. sagt, noch fernerhin ausschließlich den Militärzwecken des Staats dienen soll, während die slavischen Provinzen alle andern Kriegslasten der Monarchie zu theilen haben. Weiterhin wird eine Germanisirung der Länder kroatischer Zunge zum Nachtheile der Nationalität besorgt. — Der König v. Neapel hat dem Kaiser von Oesterreich ein Linienschiff zur Disposition gestellt, wovon man sich gute Dienste zur baldigen Bezwingung Venedigs verspricht. — Man hört, daß der Kaiser, außerdem, daß er an den Regierungsgeschäften den lebhaftesten Antheil nimmt, auch darauf bedacht ist, seinen unterbrochenen juristischen Lehrkursus zu vollenden.

Wien, den 19. März. Laut einem Berichte in den „Narodni Nowiny“ ist vorigen Herbst im Euböer-Kreise die Sekte der Adamiten oder Marokkaner von Neuem aufgetaucht. Schon zur Zeit der Hussitenkriege von Zizka mit Feuer und Schwert unterdrückt, war diese abenteuerliche, kommunistische Sekte unter Kaiser Joseph II. nach dessen Toleranz-Patent von Neuem hervorgetreten, aber bald wieder durch Gewaltmaßregeln unterdrückt worden. Als nun im vorigen Jahre in ganz Europa der Ruf der Freiheit erscholl, als die Glaubensfreiheit überall ausgerufen wurde, und die Zeit der Adressomanie kam, da ermannten auch sie sich, traten offen als Bekenner ihrer Lehre auf, ließen sich aus den Kirchen-Matrikeln streichen und schrieben im November v. J. an Se. Majestät den Kaiser eine Adresse, worin sie um Bewilligung von 5 Punkten baten. Sie wollten weder Katholiken noch Apatholiken sein, sondern ohne alle Religion leben. Alle Katholiken werden nach ihrer Meinung durch einen Feind, der aus Marokko kommen werde, vertilgt werden, dann würden sie, die Adamiten allein bleiben und alle Güter unter sich vertheilen. Gott lebt in ihnen, aber die Unsterblichkeit erkennen sie nicht an. In ihren nächtlichen Zusammenkünften treiben sie ihr Unwesen auf die schrecklichste Weise. — Diese Sekte hat bereits in fünf Dorfschaften des Euböer-Kreises starken Anhang, und als sie Anlaß zu den größten Streitigkeiten mit ihren Nachbarn gaben, sahen sich die dortigen Ämter veranlaßt, militärisch einzuschreiten.

Graz, den 15. März. Schon längere Zeit hieß es, daß sich die Studenten heute in Masse nach dem eine Stunde von Graz entfernten Kirchlein Maria Trost begeben wollten, um dort einen am 13. unterfagten Gottesdienst für die Gefallenen des 13. März v. J. abzuhalten. Da wurden denn zur Verhinderung dieser „Demonstration“ eine Abtheilung der 12. Kompagnie der Garde, eine halbe Kompagnie Kroaten und zwei Züge Kürassiere abgeordnet, diese Versammlung zu zersprengen. Als sie an Ort und Stelle kamen, fanden sie keine Spur von einer Versammlung und mußten bis Abends auf Studenten warten, die jedoch nicht kamen!

Von der Drave, den 9. März. In den Operationen gegen Peterwardein geht es rasch vorwärts. Von Esseg gehen täglich Transporte von Belagerungsgeschütz in dieser Richtung ab. Den Oesterreichischen Serben, die durch die Abberufung der jenseitigen Brüder sehr disgustirt sind, ist es übrigens nicht Recht, daß Kaiserliche Truppen gegen Peterwardein operiren; denn sie betrachten diese Festung als ihr Eigenthum, und nehmen die Befestigung derselben durch eigene Nationaltruppen in Anspruch. Das ist, im Zusammenhange mit den Stratiromirovich'schen Hintergedanken für eine gewisse Stimmung bezeichnend, die auch jetzt in den Massen und Mittelklassen der Art laut wird, daß sie gesteht, man wolle sehen, ob hier die Magyaren, Schwaben oder Serben herrschen werden. Man sieht, daß auch hier die Patrikular-Interessen die Oberhand haben, und daß es mehr an der Erreichung derselben, als an der Erhaltung des Gesamtstaates gelegen zu sein scheint.

Pesth, den 12. März. Man weiß gegenwärtig mit voller Bestimmtheit, daß die Insurgenten, welche vor der Flucht von Pesth 23 Millionen Ungarisches Papiergeld in Umlauf gesetzt hatten, nur für 20 Millionen Banknotenpapier mitnahmen, weil sie nicht mehr besaßen, da die damals erwartete Fracht aus der Neusiedler Papierfabrik durch das sieghafte Vorrücken der Kaiserlichen nicht mehr an den Ort seiner Bestimmung gelangen konnte und später mit Beschlagnahme belegt wurde. Die Summe der Fabrikation wäre also ungefähr 43 Millionen Gulden. — Der Rückzug der Insurgenten über die Theiß bei Szolnok, wo sie die daselbst befindliche Brücke abbrannten, hat sich bestätigt, doch bekamen wir weder über diese Retirade noch über die späteren Ergebnisse einen offiziellen Rapport zu Gesicht.

Preßburg, den 15. März. Von den mit dem Dampfboot von Wien bei Gomorn angekommenen Truppen postirte sich die Avantgarde alsbald vor der Festung, in der sich anfangs Alles still und untätig verhielt; die mitgebrachten Brückenbestandtheile wurden sofort in transportablen Zustand versetzt. Kaum war die Brücke fertig, als die Mannschaft mit Böwenmuth der Festung zustürzte, sie wurden aber durch Geschütz anfangs zurückgeworfen. Hierauf rückten die Dampfschiffe mit Kanonen vor und das Festungsgeschütz wurde bald zum Schweigen gebracht. Die Unsrigen, dadurch ermutigt, drangen nun kühner vor und wären gewiß vollkommen in den Besitz des Places gekommen, wenn nicht ein Haufe Husaren einen Ausfall gemacht und sie im Rücken angegriffen hätte. Es kam zum Handgemenge. Der Verlust war von beiden Seiten nicht groß. Die Arriergarde der k. Truppen, die am jenseitigen Ufer ihre Waffenbrüder gefährdet sahen, wollten nicht den längern Umweg über die Brücke nehmen und schwammen mit den Waffen quer durch die Donau. Die Husaren ergriffen hierauf die Flucht und jagten eilends davon, so daß im nächsten Momente kein Mann von ihnen mehr zu sehen war.

Ungland.

Frankreich.

Paris, den 17. März. National-Versammlung Sitzung vom 17. März. Der Vicepräsident Lamoricière eröffnet die Sitzung um halb 2 Uhr. An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der allgemeinen Diskussion des Budgets. Goudchaux giebt ein Bild der Finanzlage des Landes von 1829 an, zeigt dann,

worin, nach seiner Ansicht, die Schwierigkeit liege und schlägt endlich, zur Deckung des Defizits, eine Herabsetzung von 47 Mill. Frs. im Budget der Staatsbauten vor. Der Staatsbauteaminister Lacroix erwiedert, daß, wenn die Versammlung darauf eingehe, sie die Zahl der bei Eisenbahnen und anderweitig beschäftigten Arbeiter verringern und wohl 14,000 Personen außer Brod bringen werde. Goudchaux: Die allgemeine Aufnahme der Bauten wird den Arbeitern wohl eine anderweitige Verwendung sichern. In den Budgets der Seemacht und des Krieges möchte er auch Ersparungen im Betrage von 73 Mill. vorschlagen. Dann käme das Defizit nur auf 120 Mill. zu stehen. A. Fould nimmt die vorigen Finanzverwaltungen gegen Goudchaux in Schutz. Nach der Februar-Revolution habe man sich nur zu sehr mit Rückzahlungen übereilt. Der Redner spricht die Ansicht aus, daß mit dem Budget von 1850 das Gleichgewicht wiederhergestellt sein werde. Dieser erklärt, nichts mit den Personen zu thun zu haben, sondern stets bei der Sache geblieben zu sein. Der Finanzminister verteidigt zunächst die angefochtene 45-Centimensteuer als nothwendig, ferner die Finanz-Reuerungen der H. Garnier Pagès und Goudchaux. Die Lage des Schatzes sei auch jetzt nicht so Besorgniß erregend, wie man denke, das Gleichgewicht werde sich baldmöglich herstellen. Das Land begreife, daß die republikanische Regierung kein Hinderniß für das Gedeihen der Finanzen und der Gewerthätigkeit sei. Die allgemeine Diskussion wird nun geschlossen und man geht zum Staatsbautein-Budget über. Die Sitzung wird auf 20 Minuten vertagt. Nach Verlaufe dieser Pause legt Etienne einen Bericht über die, dem Vicepräsidenten der Republik zu bewilligenden Repräsentationsgelder nieder. (Zeichen des Unmuths.) Die Debatte über das vorgedachte Sonderbudget wird nun von Ch. Dupin eröffnet. (Die Sitzung dauert fort.)

— In der letzten Sitzung des Gerichtshofes von Bourges wurde gestern die Zeugenvernehmung während 7 Stunden fortgesetzt. Durch neue Lüftungs-Vorrichtungen ist die unerträgliche Hitze im Saale etwas gemildert worden.

— Es wird uns so eben mitgetheilt, daß zwei Mörder des Generals Bréa, Dair und Lahr, heut Morgen hingerichtet worden sind. Die Regierung hatte, um jedem Versuch zu Unruhen vorzubeugen, 20,000 Mann Truppen auf den Beinen. Die Hinrichtung fand durch die Guillotine statt, da die Armee gegen die Erschießung, als eine militärische Strafe protestirt hatte. Dair betheuerte vor seiner Hinrichtung seine Unschuld und rief zuletzt aus: „Ich sterbe als Opfer für die sozialistisch-demokratische Republik.“

— Die neue Crampton'sche Lokomotive ist auf der Eisenbahn von Paris nach Calais probirt worden. Die Resultate dieser Erfindung, welche besonders auf einer fast doppelten Ausdehnung der Räder beruht, ohne daß dieselben deswegen zu ihrer Umdrehung mehr Zeit gebrauchen, gingen aus Wunderbare. Die Crampton'sche Maschine erlaubt 25 Meilen (ungefähr 20 Stunden Weges) in einer Stunde zurückzulegen und in einigen Tagen wird man von Paris nach Calais in 6, mit außerordentlicher Geschwindigkeit in 5 Stunden reisen können. — Als ein Beispiel von dem kolossalen Ertrag, den die größeren Pariser Journale abwerfen, führen wir das Resultat einer kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre der „Presse“ an. Jeder der 50 Aktionäre erhielt 1) die 5% Zinsen seiner Aktien mit 2500 Fr., 2) eine Dividende von 8000 Fr. Ferner wurde die Summe von 353,000 Fr. nach dem, seit der Februar-Revolution von G. de Girardin eingeführten, halb sozialistischen System zur Vertheilung an die Arbeiter der „Presse“, Redakteure, Drucker etc. bestimmt. Dies giebt also für das Jahr 1848 den ungeheuren Reinertrag von 878,000 Fr., wovon G. de Girardin als Inhaber von 26 Aktien und als Redakteur für seine Person nahe an 300,000 Fr. erhielt.

— Der Ball beim Präsidenten Bonaparte, von dem schon seit einigen Tagen viel gesprochen wurde, hat gestern stattgefunden. Er begann Abends um 9 und dauerte bis heute früh um 6 Uhr. Die Sonne stand bereits am Himmel, als sich die letzten Gäste trennten. Die Wagenreihe dehnte sich von der Madeleine-Kirche bis zum Glysee aus. Louis Bonaparte hatte Alles aufgegeben, um diesen Ball zu einem der glänzendsten zu machen, den das Glysee je gesehen. Hof und Park war in einen Zaubergarten verwandelt. Auch nach dem legitimistischen Faubourg St. Germain waren Einladungen durch Persigny ergangen, doch erschien Niemand aus diesem Stadttheil. Man hörte auf dem Ball viel Deutsch sprechen; wie berichtet wird, waren die Deutschen Diplomaten sämmtlich anwesend. Von den Mitgliedern der National-Versammlung fehlte die Partei des National-Palast-Vereins ganz. Der National giebt darüber folgende Aufschlüsse: „Vier der Vice-Präsidenten und fünf der Secrétaire der National-Versammlung sind zwar diesmal einzuladen nicht wieder vergessen worden, aber sie erhielten ihre Einladungs-Briefe so spät, daß sie keinen Gebrauch davon machten. Es gehört sich, daß man Jemanden wenigstens zwei Tage vor dem Feste einlade; jene Herren erhielten aber die Briefe erst vorgestern und gingen deshalb nicht hin.“

— „Der Ausspruch Napoleons“, sagt der Globe, „daß Europa innerhalb fünfzig Jahren republikanisch oder kosakisch sein würde, scheint in diesem Augenblicke den entgegengegesetzten Ausgang zu nehmen. Europa scheint um so weniger geneigt, republikanisch zu werden, je mehr Furcht es vor den Kosaken hat. Das scheint wenigstens der Sinn von Welfers Antrag in Frankfurt.“

— Unsere Regierung hat mit dem Könige von Siam einen Handelsvertrag abgeschlossen. — Der „Moniteur“ sagt, die Ruhe, welche in ganz Frankreich vorzuherrschen angefangen hatte, sei wieder durch die Verführer der Unordnung an mehreren Punkten gestört worden. Er berichtet sodann kurz über diese von rothen Republikanern und Socialisten verübten Excesse, die jedoch überall ohne Blutvergießen unterdrückt wurden, und contrastirt zuletzt das schmachliche Benehmen eines Theiles der Toulouser Nationalgarde mit dem loyalen Verhalten der 10,000 Mann Nationalgarde, welche am 12.

zu Dijon vom Präfecten ihre Fahnen empfangen. Einige wenige Socialisten wagten dort aufrührerisches Geschrei, wurden aber sogleich verhaftet, und die Bezirksbataillone antworteten ihnen mit Bivots für die Republik und den Präsidenten. Der „Moniteur“ erklärt, die Regierung werde alle nöthigen Maßregeln ergreifen, um den lächerlichen aber doch zugleich gefährlichen Ausritten ein Ende zu machen, welche Toulouse seit dem 24. Februar in fieberhafter Aufregung erhalten hätten.

Dijon, den 14. März. Es sind nun wirklich Befehle eingetroffen, daß sich die bei uns und in der Gegend lagernde Reserve-Division der Alpenarmee bereit halten solle, weiter vorzurücken, da, wie es heißt, die erste Division unter dem Kommando des Generals d'Arbouville nach Italien zu marchiren bestimmt sei. Wird diese Expedition wirklich stattfinden, so hat sie vor der Hand bloß die päpstlichen Angelegenheiten im Auge, allein wozu wird und kann es führen, wenn einmal die bewaffnete Intervention im Gange ist und die Eroberungsgedanken pro domo wach werden.

Großbritannien und Irland.

London, den 17. März. In der Sitzung des Unterhauses vom 16. Nach Ueberreichung vieler, die Schiffahrtsgesetze und die Ersparungen in den Staatsausgaben, wie die Wahlreform, betreffend, den Bittschriften verlangte Sir H. Willoughby Auskunft über den Verkauf von sechs Dampfbooten der Flotte. Sir H. Baring versprach die Vorlage der betreffenden Papiere. Hr. Urquhart befragte den Minister des Auswärtigen auf das Neue wegen der Sicilianischen Angelegenheit. Lord Palmerston antwortete, daß er am 16. die betreffenden Aktenstücke vorlegen werde. Ferner beantwortete er eine zweite Frage dahin, daß die Dänische Regierung zwar erklärt habe, vom 27. d. M. ab die Schleswig-Holsteinischen Häfen blockiren zu lassen, die Britische Regierung jedoch noch auf eine Rücknahme dieser Maßregel hoffe. — Als der Schatzkanzler nun die Veranlassung des Haufes in einen Geldbewilligungs-Ausschuß verlangte, beantragte Herr Hume, daß die Regierung zuvor eine Uebersicht der muthmaßlichen Einnahmen und Ausgaben vorlege, indem das Haus, bei dem jetzigen Stande der öffentlichen Meinung, eine solche Darlegung fordern müsse. Der Schatzkanzler bekämpfte diesen Antrag, welcher dann mit 97 gegen 48 Stimmen verworfen wurde. Hr. Ward zeigte nun an, daß für die Seemacht 938,865 £. gespart werden sollten. Hr. Hume verlangte, daß die Ersoldaten auf den fremden Stationen um 5000 Mann, also von 40 auf 35,000 Mann verringert werden. Auch dieser Antrag wurde, nach langem Streite, mit 144 gegen 59 verworfen und der Hauptantrag genehmigt. Die Summen für die Artillerie wurden alsdann auch noch bewilligt.

— Das Dampfboot „Bombay“, welches den Empörern in Palermo Waffen zuführen sollte, wurde gestern von den Zollbehörden in Blackwall mit Beschlag belegt.

In der Sitzung des Oberhauses vom 15. beantragte, nach Ueberreichung einiger Bittschriften gegen die, Irland angekommene Localarmensteuer der Or. v. Wicklow die Vorlage verschiedener, die, der englischen Einkommensteuer unterworfenen irischen Einkommenporen betreffenden Uebersichten. Diese würden ergeben, wieviel Irland zur Einkommensteuer beitrage und das Ungesegliche der vorgedachten Localsteuer offen legen. Der Marq. v. Lansdowne hatte, Namens der Regierung, nichts gegen die Vorlage jener Uebersichten.

In der Sitzung des Unterhauses vom 15., beantragte Hr. Gwart die Niederlegung eines Sonderausschusses zur Untersuchung der in Großbritannien und Irland bestehenden öffentlichen Bibliotheken und der besten Mittel, diese Institute den Bewohnern, namentlich in den großen Städten, allgemein zugänglich zu machen. Die vertagte Debatte über d'Israeli's Vorschläge wurde dann aufgenommen. Es theilte sich im Ganzen wenig bekannte Mitglieder daran. Gegen den Schluß traten indeß die H. H. Bright und Cobden auf. Nachdem Hr. d'Israeli noch für seine Vorschläge gesprochen, wurden der Hauptantrag und das Amendement beide mit Mehrheiten von beziehungsweise 91 und 324 Stimmen verworfen. Hr. Cobden zeigte an, daß er am 30. einen Antrag einbringen werde, wodurch der Minister des Auswärtigen ermächtigt werden sollte, in alle Verträge mit fremden Mächten die Klausel aufzunehmen, daß fortan alle Streitigkeiten durch Schiedspruch geschlichtet werden sollen.

Dänemark.

Kopenhagen, den 17. März. Hier waren gestern wieder Friedensgerichte im Umlauf, denen aber um so weniger getraut wurde, da gestern mit Ausrüstung noch eines Linienschiffes und noch einer Fregatte angefangen worden. Es heißt, daß der König sich am 20. d. nach Ausrüstung der dann segelfertigen Flotte, aus der einige Schiffe schon in See sind, mit dem Kriegsminister Hansen und Gen. Fabbier zur Armee begiebt.

Schweiz.

Bern, 15. März. Die General-Post-Direktion in Bern hat von dem Tessinischen Postamt (den 13. März Abends) die amtliche Mittheilung erhalten, daß die Postverbindungen zwischen der Lombardei und dem Kanton Tessin unterbrochen sind. Auf diese Nachricht hin ist ein Bataillon Tessiner Truppen aufgeboden worden.

Italien.

Mailand, den 13. März. Die Augsb. „Allg. Ztg.“ berichtet unter vorstehendem Datum über die Aufständigung des Waffenstillstandes. Motivirt war diese Aufständigung dadurch, daß der Marschall durch die Heimführung Ferrar's, dann durch die Vorbereitung, Venedig anzugreifen, endlich durch Ueberschreitung des Schweizer Gebietes den Waffenstillstand gebrochen hätte. Bemerkenswerth ist es, daß dieses Aktenstück weder vom König, noch von dem Chef der Armee, sondern nur von dem Minister des Außern unterzeichnet war. Der Marschall Radeky gab gar keine Erwiderung darauf, sondern nur eine einfache Bestätigung, daß er das Schreiben empfangen habe. Unter Hochrufen für den Kaiser und den greisen Führer der Italienischen Armee verließ der Sardinische Officier, welcher die Aufständigung des Waffenstillstandes überbracht hatte, die Wohnung

Radetzky's — ohne dessen freundliche Einladung zur Mittagstafel anzunehmen. Die Nachricht verbreitete sich bald durch die ganze Stadt — erregte ungemeine Freude in der Garnison, Bestürzung bei den Bewohnern Mailands. Abends war großer Zapfenstreich, donnernde Theater mußten die Sänger der Volks-Hymne zum Besten geben.

Am 5. d. ist in Venedig die öffentliche Ruhe durch Avenant's Antrag auf Diktatur gestört worden. Die Versammlung war darüber erkrankt, doch nicht lange währte es, als man auf dem kleinen Marktplatz, wo der Dogenpalast sich befindet, groß sich sammelte; sie schrien: „Es lebe Manin! Es lebe die Diktatur! Wir wollen Manin!“ und machten Miene, in den Palast einzudringen. Die Nationalgarde stellte den Eindringenden ein Hindernis entgegen. Die Sitzung wurde auf einige Stunden suspendiert, und die Versammlung wird allem Anschein nach gezwungen sein, Manin's Diktatur zu genehmigen. — Der Sardische Generalconsul in Venedig hat im Auftrage seines Königs den Betrag von 9382 Franken in Fünftausendstücken der provisorischen Regiments-Sammlung, welche die in Peru lebenden Italiener zu Gunsten der Italienschen Sache veranstaltet haben, und welche der König, der darüber verfügen sollte, zur Unterstützung Venedig's bestimmt hat.

Napoli, den 3. März. Der Courier-Wechsel ist ungemein lebhaft; es ist ein ununterbrochenes Telegraphiren, Depeschensenden und Depeschenelesen. Von Ost und West, Nord und Süd häufen sich die Intriguen und die Verlegenheiten. Spanien und Portugal, Griechenland und die Türkei rühren sich, und sogar flüstert man sich in die Ohren, daß Nicolaus jetzt endlich Ernst mache, seinem Ferdinand zu Hülfe zu eilen. Und wie? Durch eine Flotte, welche in aller Stille im schwarzen Meer gezimmert und bemannt worden! Die Englische und die Französische Flotte, welche bereit waren, abzusiegeln, haben Befehl zum Bleiben erhalten. — Es soll ein förmlicher Congress gehalten werden. Auch in der Pairskammer regt es sich gegen das Ministerium Bozzelli, und zwar in Folge einer Erklärung mehrerer Officiere, denen Bozzelli zu — demokratisch gestimmt ist. Viele Verhandlungen kommen vor und die Herren vom Säbel regieren die Stadt.

Kammer-Verhandlungen.

Zwölfte Sitzung der Zweiten Kammer vom 20. März.
Präsident: Grabow.

(Fortsetzung.)

Eine Menge Redner haben sich wieder zu faktischen Berichtigungen gemeldet.
Möthely bemerkt gegen das Gleichniß v. Auerwald's, daß man die Rechnung und nicht die Beutel geprüft, wo mancher falsche Thaler zu finden sei. (Heiterkeit.)

Kosch weist die Insinuation zurück, als ob seinem Antrage die von Auerwald ausgesprochene Absicht zu Grunde liege. Wer zuerst liquidiert und nachher rechnet, kann wohl ein gutmüthiger Mensch sein, ein guter Wirth ist er aber nicht.

V. Windt (als Referent): Ich werde nicht auf die vielfachen, hier vergeblichen Einzelheiten eingehen, auch halte ich es nicht für unsere Ehre, wir uns nicht zu betheiligen; ich werde also auch dieselbe nur in der nöthigen Allgemeinheit berühren, welche ich den übrigen Rednern einzuhalten gewünscht hätte. Der Redner wiederlegt nun die einzelnen Bemerkungen verschiedener Redner. Gegen Kosch, der die Auflösung der Nationalversammlung und die Dekretirung als einen Eingriff in das Recht bezeichnet, bemerkt er, daß die am 8. April berufenen Mandatäre aufgelöst werden dürfen, um eben den Kommittenten selbst das Recht der Vereinbarung zu wahren. Ob ein anderer Ausweg möglich war, weiß ich nicht, eben so wenig, ob er einer auswärtigen Diplomatie zuschreiben, da ich mich nicht in diplomatischen Kreisen bewege, wie der Redner, der dies behauptet. Ich gestehe, es war ein großes gefährliches Spiel, darum fühle ich mich verpflichtet, meine hohe Achtung den Personen auszusprechen, welche mit Selbstaufopferung und Muth Ehre und Leben, ihre höchsten Güter, eingesetzt, um das Vaterland zu retten. (Anhaltender Beifall und Zischen, Unruhe.)

Der Abgeordnete für Berlin hat von der Stimme des Volkes in den Wahlen gesprochen, diese kann nur eine anerkennende sein, denn das allgemeine Stimmrecht ist nicht Zweck sondern Mittel, zu einem ungiltigen Resultate könnte ich mich auf das Wort des angeführten Prof. Seite (Heiterkeit) berufen, daß „eine Schwalbe keinen Sommer macht.“ Es kann aber auch ein Protest nicht auf ein Geschäft selbst bezogen, das man eben vornimmt, wer also wählt vermöge der Verfassung, der kann nicht zugleich gegen dieselbe protestiren.

Am wenigsten hätte ich aber erwartet, daß man die Landwehr zu Trägern des Säbelregiments machen werde. (Bravo!) Dem Gleichniß des Abgeordneten von Berlin, daß man zur 1. Kammer gewählt habe, um dagegen zu protestiren, gleicht der, daß die französische Polizei Spione in die Versammlung schickte, um Revolution anzuzetteln, auch ist an das Zweikammersystem anerkannt worden. (Folgt dann eine weitere Erwiderung der gegnerischen Ansichten.)

Sie, meine Herren (zur Linken) haben die Fortsetzung der Debatte für Raitor rückfälligkeit der Dauer unserer Diskussion am Ende Recht gewährt; das Volk will nicht, daß die Krone ein Federball der Bummelwerde; das Volk will einen Rechtszustand. Der Handel und Gewerbe fördert, das Volk will unsere Verfassung auf einen Granit erbaut haben, daher entschieden gegen die Amendements von d'Estier, Rodbertus und Kosch.

Das Amendement von d'Estier und Genossen wird hierauf zuerst zur Abstimmung gestellt. Es erfolgt der Namensaufruf. 62 Mitglieder stimmen für, 256 gegen das Amendement, 13 enthalten sich der Abstimmung.

Das d'Estier'sche Amendement ist also verworfen.

Die Unterzeichner des Amendements Pape würden aber sich dem Kommissions-Entwurf anschließen können.

Das Amendement von Rodbertus und Genossen kommt getheilt zur Abstimmung. Der erste Theil wird verworfen. Ueber den zweiten Theil findet wieder namentliche Abstimmung statt. 120 Abgeordnete stimmen für, 211 gegen den 2ten Theil des Rodbertus'schen Amendements; 3 enthalten sich der Abstimmung.

Das Amendement Kiel wird ebenfalls verworfen.

Das Amendement Kosch bleibt in der Minorität; ebenso das von Pape.

Es kommt zur namentlichen Abstimmung über den ersten Satz des Kommissions-Entwurfs.

(Der Abstimmungen werden nach 3½ Uhr noch fortgesetzt.)

Zwölfte Sitzung der Ersten Kammer vom 21. März.
Anfang 10½ Uhr. Präsident v. Auerwald.
Auf der Ministerbank: Rintelen, später Graf Brandenburg, Strotha, Rabe, Arnim.
Eine Denkschrift des Unterrichtsministers und der Staatshaushalts-entwurf des Finanzministers wird den Abgeordneten zur Vertheilung überwiefen.

Präsident: Wir gehen zur Tagesordnung über.
Justizminister: Auf Grund des Art. 105 der Verfassung ist eine Verordnung, betreffend die Aufhebung der Circularverordnung von 1799 (über Befreiung der Diebstahle), und ferner eine Verordnung, die Jurisprudenz betreffend, erlassen worden. Ich überreiche dieselben zur nachträglichen Genehmigung.

Auf der Tagesordnung steht die Verathung des Leue-Milde'schen Antrages wegen Suspension der Verordnungen vom 2. und 3. Januar wegen Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximierten Gerichtsstandes, sowie wegen Einführung des öffentlich-mündlichen Verfahrens mit Schwurgerichten.

Der Abg. Goldammer verliest als Berichterstatter das Gutachten der Abtheilungen. Dieselben haben den Hauptantrag mit den dazu gestellten Unteranträgen verworfen. Als eine Haupttrübsucht ist in allen Abtheilungen die Dringlichkeit, in zweiter Linie die Möglichkeit einer billigen und naturgemäßen Umgestaltung des Rechtswesens in den älteren Provinzen, wie sie durch die Verordnungen gewährleistet wird, anerkannt worden. Ein Mittelweg (daß vorläufig nur soweit reformirt werde, um die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und die Einführung der Schwurgerichte möglich zu machen) schien nicht rathsam, weil man anerkannte, daß die in den Verordnungen gegebene Grundlage den Verhältnissen der westlichen Provinzen entspreche. Verbesserungen der für die Schwurgerichte vorzunehmenden Einrichtungen, namentlich in Ansehung der Geschworenensliste seien bis zum Zusammenritte der ersten Schwurgerichte, welcher nicht vor der Mitte des nächsten Sommers erwartet wurde, leicht vorzunehmen.

Der Berichterstatter fügt hinzu: Obwohl es den Anschein gewinnt, als ob man dem Ministerium durch Verwerfung des Leue'schen Antrages ein Vertrauensvotum gebe, so müsse er doch den Antrag der Abtheilungen empfehlen. Glauben Sie mir, meine Herren, die Frucht ist reif. Ich kann Ihnen das durch eine Schilderung unseres Rechtszustandes beweisen. Zu diesem Zwecke kommen die Verordnungen. Nur ein rascher Griff kann sie zur Erfüllung bringen. Die Regierung hat ihn gethan und wir können uns nicht in der Lage befinden, sie deshalb zu tadeln. Nach Verlesung mehrerer Unteranträge erhält der Justizminister das Wort.

Justizminister. Es gereicht der Regierung zur großen Genugthuung, in dem Berichte der Abtheilung die Motive wiederzufinden, welche uns in der That geleitet haben. Es konnte mit der Ausführung der von der öffentlichen Meinung am Rechtswesen geforderten Verbesserungen nicht länger gezögert werden. Der Berichterstatter hat die Dringlichkeitsgründe trefflich entwickelt. Ich kann nur hinzufügen, daß besonders aus Schließen der Auf nach Reform der Gerichte sehr laut ertönte. Im Allgemeinen kann ich übrigens versichern, daß die Veränderungen in den Gerichten nicht so bedeutend sind, als sich Manche vorstellen. Es sind im Ganzen die Gerichte nur um etwa 20 verringert. Dabei ist auf die Wünsche der Städte Rücksicht genommen. Es ist in einem Unterantrage (Zamman) gesagt, daß die Regierung nach der Verfassung zum Erlasse der Verordnungen nicht berechtigt gewesen sei. Dagegen ist zu bemerken, daß es der Regierung unerlässlich schien, im Interesse des öffentlichen Wohles die Verordnungen zu erlassen. Uebrigens ist der Regierung das Recht dazu ausdrücklich in dem Patente vom 5. Decbr. vorbehalten. Endlich ist mit der Ausführung der Verordnungen soweit vorgeschritten, daß ihre Aufhebung bis zum 1. April fast unmöglich sein möchte. Uebrigens habe ich für die Provinz Westphalen (für welche der Minister die gegen die Einführung erhobenen Bedenken widerlegt), zu bemerken, daß es dort fast nur Sonderinteressen gewesen sind, die sich der Einführung entgegenstellten. Noch gestern hat sich der Präsident des Obergerichtes von Hamm für die Verordnungen erklärt. Weitere Bemerkungen behalte ich mir vor.

Daniels (für den Antrag von Leue). Seitdem seit 1813 an den Gerichten unaufhörlich geändert, ist das Vertrauen gelockert und wir haben wahrlich keine Ursache, den Boden der Erfahrung zu verlassen. Wenn gesagt wird, es liege den Gegenverstellungen ein Sonderinteresse zu Grunde, — was ist damit bewiesen? Ich denke, sind die Sonderinteressen gegründet, so haben wir sie zu beachten. Den Wünschen des Volkes liegen überall Sonderinteressen zu Grunde.

Man hat ferner die Dringlichkeit geltend gemacht. Wer erkennt die Nothwendigkeit einer schnellen Reform unsres Rechtswesens? Aber wir dürfen diesen Verordnungen unsere Genehmigung nicht geben. Die Verordnung vom 2. Januar ist kein Gesetz, wie Art. 88 der Verfassung fordert, sondern nur eine Anweisung für den Justizminister zur Verwaltung. Uns steht es zu, dagegen Beschwerde zu erheben, und das thun wir mit unserm Antrage.

Abg. v. Bernuth (gegen den Antrag v. Leue). Auch ich stelle mich auf den Rechtsboden und glaube dennoch, daß es Gründe genug giebt, die Verordnungen zu verteidigen. Ich wünsche dabei nicht als Verteidiger des Art. 105 unserer Verfassung aufzutreten. In der Verfassung und dem Publikationspatente waren die Grundzüge der Justizreform vorgezeichnet. Meine Herren, ich frage Sie, wenn die Regierung gezwungen hätte mit dieser Reform, ich zweifle nicht, Sie würden es als Ihre erste Pflicht betrachtet haben, diesen Zögerungen entgegen zu treten. Die Verordnungen sind notwendig und unerlässlich gewesen. Nehme man das Gute, wo man es findet. So viel Mängel die Verordnungen haben, es ist nicht so leicht, die nöthigen Verbesserungen des Rechtswesens sobald herbeizuführen. Eine Sistierung der Verordnungen würde geradezu zu einem Justitium leiten, und Sie müssen sich vergegenwärtigen, welches Unheil daraus hervorgehen würde.

Abg. Leue. Die Verhandlung ist auf ein Feld gerathen, auf das ich nicht folgen werde. Wir haben uns nicht damit zu beschäftigen, den Werth der Verordnungen zu prüfen. Ich habe mir allerdings gesagt, daß mich die Mängel der Verordnungen zunächst zu meinem Antrage veranlassen. Dennoch behaupte ich, mögen Solon und Lykurg die Verordnungen abgefaßt haben, ich würde bei meinem Antrage verharren.

Art. 105 erfordert für Verordnungen der Regierung die nachträgliche Genehmigung der Kammer. Gesetzt, diese erfolgte nicht, so müßte eine neue Reorganisation erfolgen. Die Verfassung kann nicht erlauben, daß Verordnungen erlassen werden, welche den ganzen Zustand unsres Rechtswesens umgestalten. Könnte sie es, dann ständen die Verordnungen freilich auf dem Rechtsboden, aber wo wir dann endeten, ist nicht abzusehen.

Meine Herren, wir haben die Pflicht, die Rechte des Volkes und die Rechte der Krone gleichmäßig zu wahren. Gegenüber ganz Preußen und Deutschland erkläre ich, daß die Annahme der Verordnungen vom zweiten und dritten Januar eine Unmöglichkeit ist. Ueberträgt man in Frankfurt dem Könige von Preußen die Kaiserkrone, wahrlich, dann hat er zwar die Macht, die widerstrebenden Elemente zu zwingen und gegen die Feindschaft Oesterreichs aufzutreten — wie aber zwingt er die Gemüther, ihm anzuhängen? Erreichen wir aber solche Erfolge durch jene Verordnungen? Wir werden damit ausgelacht werden. (Nurten rechts.) Ich verführe Sie, meine Herren! (zur Rechten), daß in Deutschland die öffentliche Meinung so weit vorgeschritten ist, daß sie die Verordnungen zurückweisen wird. Von juristischem Standpunkte sind sie eine Unmöglichkeit und unsre Pflicht ist es, sie zurückzuweisen. (Beifall.)

Vornemann. Der Vorredner hat aus formellen und materiellen Gründen die Zulässigkeit einer Annahme der Verordnungen bestritten. Art. 105, wenn ich ihn im constitutionellen Sinne nehme, ist nicht so zu verstehen, daß auf diesem Grunde die Verordnungen erlassen werden könnten. Organische Gesetze können nie so dringend sein, daß die Regierung damit einseitig vorgehen könnte, ohne Zustimmung der Kammer.

Die Centralabtheilung hat deshalb sich lediglich auf das Patent vom 5. December berufen. Es nimmt dieses Patent seine Berechtigung aus innern Gründen. Diese inneren Gründe berechtigten das Ministerium zum Erlasse der Verordnungen. Gerade wie die Verfassung octroirt wurde, weil es die Nothwendigkeit gebot, grade so waltete eine Nothwendigkeit für eine schnelle Justizreform ob.

Was hilft uns die Verschiebung? Das Volk will Brod und man bietet ihm einen Stein! Ein Stein aber ist die Verschiebung. Aus allen diesen Gründen erkläre ich mich für den Antrag der Abtheilung und namentlich auch gegen den Unterantrag von Zamman auf motivirte Tagesordnung.

Der Abgeordnete Zamman nimmt seinen Antrag zurück. (Beifall) und schließt sich den Anträgen von Maurach und Gräff an. (Seitertkeit.)

Justiz-Minister: Die Grundsätze der Verordnungen seien in der Verfassung enthalten. Die Ausführung stehe der executiven Behörde zu. Die Kammer könne diese Ausführung tadeln, nimmermehr werde sie die Grundsätze angreifen. Was den Vorwurf betreffe, daß wir mit den Verordnungen nicht vor Deutschland hintreten könnten, so bemerke er, daß in Sachsen, Hannover und andern Ländern dieselben Grundsätze befolgt würden.

Abgeordneter v. Gerlach: Ich kann meinerseits nicht einräumen, daß eine besondere Dringlichkeit für die Verordnungen vorlag. Es gab andere weit dringlichere Justizbedürfnisse. Dahin rechne ich die schleunige Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte, welche die öffentliche Sicherheit sehr gefährdet. (Heiterkeit.) Ich rechne dahin ferner die Entfernung der Steuerverweigerer aus Richterämtern und der Landwehr. (Oh, oh!) Man hat die Exemption im Rechte schnellig beseitigen wollen. Ich glaube, es ist das nur ein Theil des Volkes und zwar ein sehr geringer. Gewisse Exemptionen und Vorrechte sind sogar nothwendig. (Zischen.) In ähnlicher Weise spricht der Redner über die Patrimonialgerichte und die Geschworenengerichte. Ebenso wenig fürchte ich, schließt der Redner, daß die Krone Preußen, ich hoffe nicht gegen Oesterreich, sondern in Verbindung mit Oesterreich, die Einheit Deutschlands in Schutz nehmen wird. (Zischen, ironischer Beifall.)

Abgeordneter Gierke (für den Antrag v. Leue). Man hat gesagt: Das Volk verlange Brod und man biete ihm einen Stein. Darin liegt eine petitio principii und es ist erst zu beweisen, ob das Geschwornengericht wirklich die Freiheit befördere.

Abg. Fockebeck: Ich werde dem Abgeordneten v. Gerlach nicht folgen auf das Gebiet der Verdächtigung. Ich würde damit die Würde dieser Versammlung verletzen. (Beifall.)

Allerdings gebe auch ich zu, daß es noch sehr dringliche Gegenstände außerhalb der Justizreform giebt. Dahin rechne ich die Revision der Verfassung, die bürgerlichen Verhältnisse u. A. Aus diesem Grunde bin ich gegen die Sistierung. Ich betrachte die Verordnungen im Ganzen als den Bedürfnissen der Rechtspflege entsprechend. Damit ist nicht gesagt, daß Vieles besser sein könnte. Die Verordnungen haben jedoch den Vorzug, daß sie da sind. Ein Redner hat gesagt, das Ministerium habe die Verfassung verletzt. Ich gehe darauf nicht ein und bemerke nur, daß ich lieber eine Verfassungsverletzung will, welche die Minister begangen haben, als eine solche, welche die Versammlung erst begehen soll. In der Verfassung aber ist dem Volke die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit u. A. gewährleistet. Wir würden die Verfassung verletzen, wenn wir ihm solche Rechte durch Sistierung der Verordnungen vorenthalten wollten. (Beifall.)

(Der Antrag auf Schluss wird abgelehnt.)
Ich habe zu denjenigen gehört, welche die Detraction der Verfassung als rechtsgiltig anerkannt. Aber wenn man solche Detractionen bei jeder Nothwendigkeit zur Regel erhebt, so hört jedes constitutionelle Staatsleben auf. (Beifall.) Die Pflicht eines Volksvertreters ist es, mit Eifer auf seine Rechte zu beharren. Nun, meine Herren, thun wir unsere Pflicht! (Lebhafter Beifall.)

Abg. Vornemann (thatsächlich). Ich bemerke, daß ich ausdrücklich nur von exceptionellen Uebergangszuständen gesprochen habe.

Post-Schluss.

Locales etc.

Posen. — Sitzung der Stadtverordneten vom 21. März. — Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Den ersten Gegenstand der heutigen Verathung bildet die Verpachtung des zum Theresienkloster gehörigen Gartens. Der Zuschlag für den erzielten Pachtpreis von 30 Thlrn. soll nicht erteilt werden. — Da das Grundstück eigentlich aus zwei Gärten besteht, so sollen dieselben einzeln in einem neu anzulegenden Termine auf 2 Jahre verpachtet werden. — Drei Consense werden vollzogen. — Durch ein Rescript des Justiz-Ministeriums wird das Gesuch, die abligen Hypothekenbücher auch nach dem ersten April bei den Gerichten in Posen und Bromberg zu belassen, abgeschlagen. — Ein Schreiben des Eisenbahn-Direktoriums wird verlesen. Die Direktion lehnt den von der Stadt angebotenen Zuschuß von 500 Thälern als zu gering ab, erklärt sich jedoch bereit, den ganzen Weg der Stadt zu freier Benützung zu überlassen unter der Bedingung steter Instandhaltung und der Zahlung eines Aversional-Quantums von 1000 Thälern. — Dieser Vorschlag wird von der Versammlung einstimmig abgelehnt, wie denn auch der Magistrat sich in demselben Sinne ausgesprochen hat. Es wird angezeigt, daß von Stettin und Glogau Druckstücke eingelaufen seien, betreffend den Entwurf der neuen Gemeindeordnung. Dieselben sollen alsbald in Umlauf gesetzt werden. — Die Angelegenheit der Ufergefallpacht kommt noch einmal zur Sprache. Die Versammlung tritt dem Vorschlage des Magistrats bei, daß der r. Bach nur die Hälfte der rückständigen Schuldsumme von 215 Thälern zu zahlen haben solle, während die Zinsen ihm ganz erlassen werden. — Der abschlägliche Bescheid des Ministers des Innern auf die Petition vom 8. Januar d. J., betreffend die Aufhebung des Provinzial-Feuerzwangs-Verbandes wird verlesen. Der stellvertretende Vorsteher Herr Müller stellt den Antrag, die Angelegenheit durch eine Petition an die in Berlin tagenden Kammern weiter zu verfolgen. Die Versammlung macht den Antrag zu dem übrigen, und es wird zunächst eine Kommission ernannt, aus den Herren v. Crousz, Traeger, Wendland und Müller bestehend. — An die Stelle der Herren Ewaldina und Grunwald, die aus der Kommission zur Regulierung des Einquartierungsweises ausgeschieden sind, werden die Herren Klug und Beyer zu Mitgliedern erwählt. — Auf der Tagesordnung folgt die Einkommensteuer-Angelegenheit.

Nach einigen einleitenden Worten des Vorstehers statet Hr. Wendland den Bericht der Kommission ab. Die dankenswerthe Arbeit der Reklamanten ist von der zusammengesezten Kommission genau in allen Positionen geprüft worden, und darnach ergiebt sich nun als Hauptresultat der ausführlichen Berechnung, daß die Summe von 8571 Thälern als über den Etat vorhandenen angenommen werden darf. Demgemäß spricht sich die Kommission dafür aus, die Einkommensteuer um ein Viertel zu ermäßigen und zwar in der Art, daß die bevorstehende Aprilrate auf die Hälfte, die beiden letzten Jahresraten aber auf drei Viertel des angenommenen Betrages herabgesetzt werden sollen. — Ueber den Gegenstand entspinnt sich eine sehr lebhaft Debatte. Der Schriftführer, Herr Mamroth, rechtfertigt den Entwurf der Einkommensteuer, wie er von der Kommission der Stadtverordneten, welcher der Redner seiner Zeit selbst als Mitglied angehört hat, damals aufgestellt worden war. Bei der endlichen Abstimmung entscheidet sich die Versammlung für den oben bezeichneten Antrag des Kommissionsberichtes. — Der Stadtverordnete Träger bringt den dringlichen Antrag ein: die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat aufzufordern, daß er die Rückzahlung der vorschussweise von der Stadt 1846 gezahlten Einquartierungsgelder im Betrage von 13000

